

**LESERMEINUNG**

**Information oder Dialog?**

In der kürzlichen Ankündigung der Installation einer «Informationsplattform Forum Mobil FL» unter der Leitung eines gewissen Stefan Kern ist die Rede von einem breiten Dialog zwischen der Mobilfunk-Lobby und der Öffentlichkeit (die Kritiker des Mobilfunks waren hiermit offenbar nicht gemeint!). Nach der Lektüre einiger Internet-Seiten und anderer Unterlagen kommt man leider zum ernüchternden Schluss, dass mit diesen Mobilfunk-Organisationen keinerlei Dialog möglich ist. Denn diese – mit millionenschwerer finanzieller Unterstützung durch die interessierten Kreise und abhängiger «Untertanen» – wünschen gar keinen Dialog mit der Bevölkerung, die mangels solcher Millionen-Sponsoren publizistisch sowieso wehrlos ist. Die «Informationen» dieser Mobilfunk-Lobby mit ihren Untersektionen und Pseudo-Vereinen können nur als «Desinformation» bezeichnet werden, um möglichst effektiv Gehirnwäsche zu betreiben, damit jetzt angesichts stagnierender Umsätze möglichst viele der neuen «Wunder-Handys» an Mann, Frau und Kinder verkauft werden können. – Dass hierdurch die HF-Strahlung «zum Wohl der Allgemeinheit» (?) wieder mal erhöht werden muss, das kümmert sie wenig ...

Martin Sommerlad, Meierhofstr. 116

**«Monitoring wäre unangebracht»**

**FBP-Präsident Johannes Matt zum Besuch der Europarats-Berichterstatter**

**VADUZ** – Anlässlich des Besuchs der beiden Europarats-Berichterstatter betreffend einem allfälligen Monitoring der liechtensteinischen Verfassungswirklichkeit haben wir verschiedene Kurzinterviews geführt. Nachstehend die Aussagen von FBP-Präsident Johannes Matt.

• Martin Frommelt

**Volksblatt: Was erwarten Sie vom Besuch der beiden Berichterstatter?**

**Johannes Matt:** Ich begrüße es sehr, dass die Regierung die Berichterstatter eingeladen hat, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Vom Besuch erwarte ich mir, dass die Gäste unsere Situation und die Besonderheiten des Kleinstaates erkennen und richtig einzuschätzen wissen. Ich hoffe, die beiden Berichterstatter kommen frei von Vorurteilen.

**Befürwortet Ihre Partei ein Monitoring Liechtensteins?**

Wir hoffen sehr, dass es nicht zu einem Monitoring kommt. Monitorings werden in Staaten durchgeführt, denen grobe Verletzungen gegen die Menschenrechte vorgeworfen werden, in denen sich die Demokratie erst in einer Aufbauphase befindet und die Auflagen des Europarates zur Aufnahme zu erfüllen haben. Ich glaube nicht, dass Liechtenstein auch nur ein Kriterium erfüllt, um sich diesem Verfahren unterziehen zu müssen. Daher hoffe ich, dass sich alle demokratischen Organisationen Liechtensteins gegen ein Monitoringverfahren aussprechen.

**Was würde ein Monitoring für Liechtenstein aussen- und innenpolitisch bedeuten?**

Innenpolitisch würden Gräben erneut oder noch weiter aufgerissen werden. Aussenpolitisch geraten



«Ich hoffe, dass sich alle demokratischen Organisationen gegen ein Monitoring aussprechen!»: FBP-Präsident Johannes Matt.

wir wieder in ein unsäglich schiefes

Licht. Ein Monitoring würde unserem Ansehen als Land und Finanzplatz wieder zusätzlichen Schaden zuführen. Wir sollten uns endlich wieder mit der Zukunft beschäftigen und Liechtenstein wieder positiv positionieren.

**Was ist Ihre persönliche Meinung zu dieser Monitoring-Angelegenheit?**

Das Schlimme ist, dass dieser Prozess von Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner ins Rollen gebracht wurde. Ich glaube nicht, dass in irgendeinem anderen Land das Monitoring aus der Bevölkerung initiiert wurde. Ich bin sicher, dass der Europarat von diesem Verfahren absehen wird. Das Monitoring ist schon deswegen unangebracht, da wir die Verfassung in einer demokratischen Abstimmung mit einer 2/3-Mehrheit beschlossen haben. An der Einhaltung demokratischer Regeln wird hier nichts auszusetzen sein.

**«Sehe keinen Grund»**

**Regierungschef Otmar Hasler**

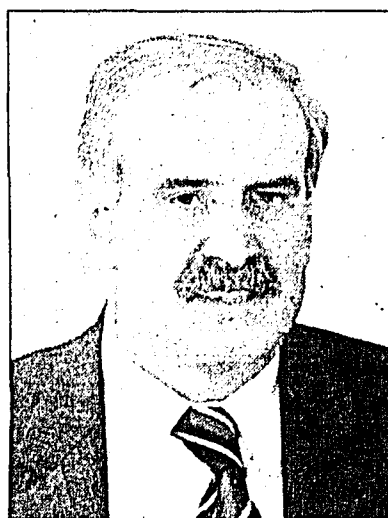
**Was erwarten Sie vom Besuch der beiden Berichterstatter?**

**Otmar Hasler:** Vom Besuch erwarte ich mir, dass sich die beiden Berichterstatter vor Ort ein ausgewogenes Bild über Inhalt und Abstimmungsvorgang in Liechtenstein machen können. Vor allem erhoffe ich mir eine ausgewogene Stellungnahme, die das liechtensteinische Verfassungsleben mit einschliesst.

**Was ist die Haltung der Regierung zu dieser Monitoring-Angelegenheit?**

Ich persönlich sehe keinen Grund und keine Rechtfertigung, Liechtenstein als Mitgliedstaat des Europarates einem Monitoring zu unterstellen. Bei einer Stimmbeteiligung von 89 Prozent haben rund 65 Prozent der Verfassungsinitiative des Landesfürsten und des Erbprinzen, die wiederum Ergebnis von Verhandlungen ist, zugestimmt. Liechtenstein ist ein funktionierender und gut ausgebauter Rechtsstaat. Neben der repräsentativen Demokratie stehen dem Volk weitgehende direkt-demokratische Rechte zu.

**Was würde ein Monitoring für**



**Liechtenstein aussen- und innenpolitisch bedeuten?**

Wie gesagt, handelt es sich beim Besuch der beiden Berichterstatter nicht um ein Monitoring des Europarates. Liechtenstein ist heute in verschiedenste internationale Organisationen eingebunden und ist ein zuverlässiger Partner. Den Beitrag, den Liechtenstein in der einen oder anderen Form erbringen kann, trägt mit zu seinem Ansehen bei. Das wird vor allem sein Ansehen im Ausland beeinflussen. Die Frage des Monitoring stellt sich erst nach einem entsprechenden Beschluss der Büros des Europarates.

**VU gegen Monitoring**

**VU-Präsident Heinz Frommelt**

**Was erwarten Sie vom Besuch der beiden Berichterstatter?**

**Heinz Frommelt:** Eine unabhängige und gerechte Beurteilung der liechtensteinischen Situation.

**Befürwortet Ihre Partei ein Monitoring Liechtensteins?**

Nein. Obwohl wir aus inhaltlichen Gründen eine Ablehnung der Verfassungsinitiative angestrebt hatten, liegt ein klarer Volksentscheid vor. Dieser ist meiner Auffassung nach von allen Seiten aus demokratischer Gesinnung heraus auch dann zu respektieren, wenn er einem nicht gefallen hat.

**Was ist Ihre persönliche Meinung zu dieser Monitoring-Angelegenheit?**

Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass es dazu gekommen ist. Wir hatten gerade auch hinsichtlich der später von der Venedig-Kommission kritisierten Punkte innerstaatlich immer darauf hingewiesen, dass diese Punkte einer demokratischen Überprüfung nicht standhalten. Ohne diese umstrittenen Punkte, die wir in Liechtenstein selbst hätten klären können und müssen, wäre es zu keiner Kritik durch die Venedig-Kommission des



Europarates und somit auch nicht zum jetzt drohenden Monitoring-Verfahren gekommen. Insofern

liegt die Verantwortung für das drohende Monitoring nicht bei den Überbringern der Botschaft beim Europarat, sondern bei der Botschaft, d.h. dem Inhalt der Verfassungsvorlage selbst.

**Was würde ein Monitoring für Liechtenstein aussen- und innenpolitisch bedeuten?**

Ein Monitoring durch den Europarat würde zunächst nach meinem Verständnis eine Art Beobachtung Liechtensteins bedeuten. Hätte allerdings ein Monitoring weitergehende Folgen, wie z.B. einen Ausschluss aus dem Europarat – was ich nun wirklich absurd fände – wäre das natürlich eine schwere Imageschädigung Liechtensteins. Hier wäre wahrscheinlich auch eine noch so gute Imagekampagne nicht mehr in der Lage dies aufzufangen. Innenpolitisch würde unter Umständen eine neue Belastungsprobe in Sachen Verfassung drohen.

**125 JAHRE VOLKSBLATT**

**Ereignisse der letzten 125 Jahre**

**KÜHLE SOMMERTAGE**

**VADUZ, 9. Juli 1955** – Der Wetteransager hat derzeit keine hohen Tagestemperaturen. Seine Ansagen liegen aber mit ihren 15 bis 20 Grad Celsius meist über der wirklichen Tageswärme. Am Mittwoch zum Beispiel konnte man am Nachmittag mit dem besten Willen nicht 15 Grad erreichen, die Nachmittagstemperatur lag zeitweise nur etwas über 10 Grad. Dass die Morgentemperaturen die letzten Tage in jener Höhe oder höchstens etwas darüber lagen, wäre noch hinzunehmen gewesen, aber Tagestemperaturen um 15 Grad herum sollten dem Juli schon ganz fremd sein. Eine regnerische, kühle Woche liegt hinter uns. Die Arbeiten des Bauern sind weiter in Rückstand geraten und die wärmebedürftigen Kulturen, wie zum Beispiel der Mais, geraten sehr in den Rückstand. Hoffen wir, dass eine baldige Besserung des Wetters auch das Frohgemute eines Sommers in uns aufkommen lassen kann.

**Morgen: Ein sommerlicher 8. November**

ANZEIGE

**HEUTE BEI UNS ZU GAST**

**Tennisclub Triessen**

**MIT WELCOME-APÉRO UND TOLLEN GÄSTEN AB 18.00 UHR**



**FEDERER AUGENOPTIK**

AU-PARK · FL-9495 TRIESEN  
TEL. +423/399 30 40  
www.federer-augenoptik.ch

**LÄNDLE AKTIV!**

**«Niemand bedroht uns»**

**Für die Freie Liste Karin Jenny, Geschäftsführerin der FL**

**Was erwarten Sie vom Besuch der beiden Berichterstatter?**

**Karin Jenny:** Wir erwarten, dass einige Leute hier in Liechtenstein merken, dass die Verfassungsreform nicht das Gelbe vom Ei ist. Unsere neue Verfassung ist nicht europaverträglich. Markige Worte und schöne Reden helfen da wenig, damit überzeugt man höchstens die eigenen Parteigänger. Von unabhängigen Experten wird die neue Verfassung wesentlich nüchterner und kritischer beurteilt.

**Befürwortet Ihre Partei ein Monitoring Liechtensteins?**

Offenbar findet es die Regierung gut, dass die beiden nach Liechtenstein kommen – sonst hätte sie ja keine solche Einladung aussprechen können. Zur Frage selber: Vorerst gibt es noch kein Monitoring-Verfahren, sondern eine Art Vorprüfung.



Die beiden Berichterstatter des Europarates werden prüfen, ob wir mit der neuen Verfassung die demokratischen und rechtsstaatlichen Mindeststandards in Europa einhalten. Daran bestehen erhebliche Zweifel. Sollten diese Zweifel nicht ausgeräumt werden können, woran wir zweifeln, so begrüssen wir ein Mo-

onitoring-Verfahren. In Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte darf in Europa nicht mit zweierlei Mass gemessen werden. Was von den neuen Demokratien in Osteuropa gefordert wird, muss in den alten Demokratien in Westeuropa eine Selbstverständlichkeit sein.

**Was ist Ihre persönliche Meinung zu dieser Monitoring-Angelegenheit?**

Wer überzeugt ist, dass unsere Verfassung demokratischer ist als alle anderen in Europa, der braucht auch keine Angst vor einem Monitoring-Verfahren zu haben. Wer sich aber davor fürchtet, dass die neue Verfassung an objektiven Kriterien gemessen wird, der kann schon sein Gesicht verlieren.

**Was würde ein Monitoring für Liechtenstein aussen- und innen-**

**politisch bedeuten?**

Sollte es zu einem Monitoring-Verfahren kommen, dann würde dies dem Ansehen Liechtensteins enorm schaden. Da werden keine flotten Sprüche darüber weg helfen. Die Souveränität Liechtensteins steht aber deswegen nicht auf dem Spiel, wohl aber die Glaubwürdigkeit. Niemand bedroht uns. Innenpolitisch würde ein Monitoring-Verfahren womöglich noch zu einer weiteren Verhärtung führen. Die Äusserungen von Fürst und Erbprinz lassen keine Beweglichkeit erkennen, vielmehr muss man aus dem Interview im Vaterland schliessen, dass gegenüber den beiden Berichterstatter Unnachgiebigkeit und Stolz demonstriert werden soll. Die Kritik aus Strassburg wurde bislang leider hier nicht konstruktiv aufgenommen, sondern mit einer Trotzhaltung.